Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 232 — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonntag, 4. Oktober 1925

Entschlossen, aber vorsichtig.

(Um- und Ausblicke.)

Der Sicherheitsvertrag marschiert. Die Konferenz, die sich mit ihm beschäftigen soll, tritt am 5. Oktober in Locarno zusammen. In Deutschland sind die Beratungen darüber in aller Ruhe vor sich gegangen; weder die Ministerpräsidenten der Länder noch der Auswärtige Ausschuß des Reichstages haben den Beschluß der Regierung bemängelt, und die Note, in der die Annahme der Einladung zur Konferenz ausgesprochen wird, ist den beteiligten fremden Regierungen überreicht worden. Ein Ereignis, das überall große Befriedigung hervorgerufen hat.

*

Die deutsche Regierung hat die Beschickung der Konferenz ohne jeden Vorbehalt zugesagt, aber sie hat trotzdem einen Weg gefunden, um der Gegenpartei zur Kenntnis zu bringen, daß ihre Haltung von gewissen Voraussetzungen bestimmt wird, wenn sie deren Erfüllung auch nicht zur Bedingung für die Teilnahme an den Verhandlungen gemacht hat. Sie hat in Paris, London und Brüssel zugleich mit der Antwortnote auf die Einladung eine Verbalnote überreichen lassen, in der sie ihre mit Vorsicht gepaarte Entschlossenheit zum Ausdruck bringt. Sie hat darin nicht alles erwähnt, was ihr am Herzen liegt, sondern nur das, was ihr am wichtigsten erscheint: die Kriegsschuldlüge und die Räumung Kölns. Sie wiederholt die schon einmal im September 1924 abgegebene Erklärung, daß der etwaige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht so verstanden werden darf als ob damit die zur Begründung der internationalen Verpflichtungen Deutschlands aufgestellten Behauptungen anerkannt würden, die eine moralische Belastung des deutschen Volkes in sich schließen. Zum zweiten wird darauf hingewiesen, daß das angestrebte Ziel der Verständigung und Versöhnung beeinträchtigt würde, wenn es nicht gelänge, noch vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und vor Abschluß des Sicherheitspaktes den Streit um die Räumung der nördlichen Rheinlandzone aus der Welt zu schaffen und die deutschen Entwaffnungsfragen endgültig zu bereinigen.

*

Diese Verbalnote ist unseren Feinden — sie sind es immer noch, obwohl der Krieg bereits sieben Jahre hinter uns liegt — überaus peinlich. Ihre Absicht war wohl zunächst, darüber mit Stillschweigen hinwegzugehen, aber da die Dinge in Deutschland bekanntwurden, sah man sich auch drüben genötigt, zur Veröffentlichung zu schreiten. In ihren Erwiderungen nehmen die gegnerischen Regierungen einen entschieden abweisenden Standpunkt ein, den auffallenderweise die Engländer schroffer als die Franzosen und am schroffsten die Belgier zum Ausdruck bringen. Hinsichtlich der Kriegsschuldlüge berufen sich England und Frankreich einfach auf den Versailler Vertrag, durch den die Frage erledigt sei, Belgien aber zieht auch noch die unglückselige Bemerkung Bethmann Hollwegs über das durch Überschreitung der Grenze begangene Unrecht, das wieder gutgemacht werden solle, heran. Übereinstimmend geben sie ferner der Meinung Ausdruck, daß diese Sache mit dem Sicherheitsvertrage nichts zu tun habe. Die ganze Begründung ist nichts weniger als stichhaltig. Der Einmarsch in Belgien war nicht Ursache, sondern Folge des Krieges. Und wie steht es mit der Berufung auf Versailles? Ganz folgerichtig, wenn auch politisch nicht klug, haben die Feinde damals Deutschland, dem sie den moralischen Makel anheften wollten, die Tür zum Völkerbund verschlossen, jetzt aber drängen sie dasselbe Deutschland zum Eintritt. Es ist bemerkenswert, daß ein französisches nationalistisches Blatt auf diesen Widerspruch hinweist, indem es ausführt, die Deutschen hätten recht, wenn sie sagen, daß man mit einem Lande, das die größten Verbrechen begangen haben soll, keine Verträge schließen könne. Die Auffassung, daß die deutsche Note mit dem Pakt nichts zu tun habe, sei also falsch, und man müsse im Gegenteil zugeben, daß sie von einem Vertrag untrennbar sei, durch den man neue Freundschaften für die Zukunft schließen wolle.

*

Es konnte nicht ausbleiben, daß drüben Heißsporne der deutschen Regierung vorwerfen, sie habe mit ihrem Schritt den Sicherheitspakt sabotieren wollen, während überkluge Leute darin nur eine Geste erblicken, um widerstrebende Richtungen im Inlande zu beruhigen. Ach nein, es ist eine ernste, sehr ernste Angelegenheit. Deutschland mußte die Schuldlüge jetzt wieder zur Sprache bringen. Es hat seinerzeit unter dem Zwange der Verhältnisse — im bürgerlichen Leben würde man schärfere Ausdrücke gebrauchen — den Vertrag mit dem Schuldbekenntnis unterzeichnet. Es mußte jetzt aber von vornherein der Deutung den Boden entziehen, als ob es nun auch freiwillig die Schuld eingestehe. Ebenso mußte Deutschland jetzt auf die Räumung der Kölner Zone zurückkommen, obwohl es erwarten konnte, daß die Antwort lauten werde, der Zeitpunkt der Räumung hänge lediglich von der Erfüllung der deutschen Abrüstungsverpflichtungen ab. Trotz der schroffen Stellungnahme der Entente braucht der Sicherheitspakt an keiner der beiden Fragen, so schwerwiegend sie auch sind, zu scheitern. Deutschland wahrt seine moralische Stellung durch die Erklärung, daß es die ihm aufgebürdete Verantwortung für den Krieg nicht anerkenne, verlangt aber nicht eine Revision des Vertrages von Versailles, und mit der Forderung der Räumung Kölns aber, die von Rechts wegen schon zu Beginn dieses Jahres hätte vollzogen werden müssen, dringt es gerade auf Erfüllung jenes Vertrages. Es wird unseren Unterhändlern nicht schwerfallen, auf der Konferenz nachzuweisen, daß wir auch den letzten Forderungen bezüglich der Entwaffnung bereits nachgekommen sind.

*

Weit auseinander gehen die Meinungen darüber, ob die Konferenz in Locarno den Sicherheitsvertrag nur vorbereiten oder gleich entscheidende Beschlüsse fassen werde. Eine Frage, die bei vernunftgemäßer Betrachtung wirklich keinen Anlaß zur Aufregung bietet, die Antwort wird sich aus dem Verlauf der Verhandlungen ergeben. Ist der Ausgang so, daß beide Parteien glauben, sich damit begnügen zu können und eine Ablehnung durch die Parlamente nicht fürchten zu müssen, so wird man den Vertrag fertigmachen, die Konferenz schließen und nur jene Ratifikation der Zukunft vorbehalten. Wenn nicht, braucht man die Konferenz nicht zu schließen, sondern hat es in der Hand, sie zu vertagen und nach Fühlungnahme mit den maßgebenden heimischen Kreisen fortzusetzen. Wenn nur der gute Wille vorhanden ist, lassen sich auch die größten Schwierigkeiten überwinden.

*

An uns wird es nicht fehlen. Denn Deutschland, von ehrlichem Friedenswillen beseelt, kann nur wünschen, den von ihm vorgeschlagenen Pakt möglichst bald unter Dach und Fach zu sehen, der den Zweck hat, der Befriedung Europas zu dienen. Die Friedensaktion ist gerade gegenwärtig um so mehr angebracht, als die leichte Entspannung der politischen Lage neuerdings eher nachgelassen als zugenommen hat. Zum Beweise sei angeführt, daß man den badischen Staatspräsidenten Dr. Hellpach die Teilnahme an einem Heimatstage in Kehl unmöglich gemacht hat. Der Delegierte der Internationalen Rheinlandkommission hat nicht nur verlangt, ihn vorher zu sprechen, sondern hat sein Verlangen, wie Hellpach selbst in einer Versammlung mitteilte, auch in eine bevormundende Form

Deutsch-russischer Handelsvertrag.

Vor dem Abschluß mit Rußland.

Berlin, 2. Oktober.

Das Reichskabinett hat seine grundsätzliche Zustimmung zu dem Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Rußland erklärt. Das vorliegende Vertragswerk enthält folgende für die Regelung der beiderseitigen Rechts- und Wirtschaftsbeziehungen wichtige Einzelabkommen, ein Niederlassungs-, ein Wirtschafts-, ein Seeschiffahrts-, ein Eisenbahn-, ein Steuerabkommen, ein Abkommen für gewerblichen Rechtsschutz sowie ein Abkommen über Handelsschiedsgerichte; außerdem ein Konsular- nebst Rechtshilfeabkommen und ein Nachlaßabkommen. Zur endgültigen Feststellung der Vertragstexte, sowie zur Verständigung über einige noch offen gebliebene Punkte begibt sich eine unter Führung des Vorsitzenden der deutschen Delegation, Geheimrat Koerner, stehende engere deutsche Delegation unverzüglich nach Moskau zurück. Mit der Erledigung dieser Aufgabe sowie mit der Unterzeichnung ist in kürzester Frist zu rechnen.

Die halbamtliche Veröffentlichung, in der diese Tatsachen bekanntgegeben werden, enthält noch einige erläuternde Darlegungen, in denen es heißt:

Wenn auch einige Teile des gesamten Vertragswerkes, insbesondere das Wirtschaftsabkommen, angesichts der durch die Verschiedenartigkeit der beiderseitigen Wirtschaftssysteme bedingten Hemmungen noch keine auf die Dauer befriedigende Lösung der bestehenden Schwierigkeiten bringen, so stellt die auf breiter Rechtsgrundlage geschaffene umfassende Regelung der beiderseitigen Beziehungen doch gegenüber dem bisherigen ungeregelten Zustande unverkennbare Fortschritte dar. Als eine für die weitere Festigung freundschaftlich-wirtschaftlicher Beziehungen geeignete Einleitung kann der Vertragsentwurf daher auch vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft angesehen werden. Er kann darüber hinaus als wertvoller Ausgangspunkt für weitere wirtschaftliche Abmachungen betrachtet werden, sobald genügende Erfahrungen über die praktische Auswirkung des Vertragsentwurfes vorliegen. Die Bestimmungen über die Geltungsdauer der einzelnen Abkommen werden auch die Möglichkeit geben, zu gegebener Zeit auf Grund der bis dahin gemachten Erfahrungen die jetzigen Vereinbarungen zu verbessern.

Die Tragweite des nach mühevollen, mehr als zweijährigen Verhandlungen zustande gekommenen Vertragswerks ist um so größer, als Deutschland das erste Land ist, das eine so umfassende Regelung mit der Sowjetregierung trifft.

Die Mitteilung sagt zum Schluß, es sei ein besonders glückliches Zusammentreffen, daß die Entscheidung über das Vertragswerk dem in Berlin anwesenden Volkskommissar, Herrn Tschitscherin, persönlich bekanntgegeben werden konnte. In Berliner politischen Kreisen und in denen der Berliner Sowjetbotschaft ist man der Ansicht, daß trotz der vorhandenen strittigen Punkte die Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsvertrages unmittelbar bevorsteht.

Tschitscherin und Locarno.

Der sowjetrussische Außenkommissar Tschitscherin hatte mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann bekanntlich am Donnerstag eine Besprechung, die bis weit nach Mitternacht dauerte, dann aber abgebrochen und heute fortgesetzt wurde.

Über die Resultate dieser Unterredung wird Stillschweigen bewahrt, doch sind unzweifelhaft die in Locarno bevorstehenden Sicherheitsverhandlungen Gegenstand der Erläuterung gewesen. Unzweifelhaft hat Tschitscherin in dieser Beziehung seine Bedenken geltend gemacht. Ebenso hat Tschitscherin versichert, daß sein Besuch in Warschau keineswegs als antideutsche Aktion aufzufassen sei.

In einer Unterredung mit einem Pressevertreter äußerte Tschitscherin heute, die ganze Paktpolitik Englands erscheine als ein Bestandteil seiner grundsätzlichen antisowjetistischen Tätigkeit. Das ist die Ursache, fuhr Tschitscherin fort, weshalb wir mit steigender Besorgnis darauf blicken, wie Deutschland mehr und mehr in das Fahrwasser der englischen Pläne einlenkt. Dabei zeigen doch die kürzlich in deutschen und amerikanischen Zeitungen veröffentlichten Dokumente, deren Echtheit nicht bestritten worden ist, daß es Englands Idee ist, Deutschland von der Sowjetunion abzutrennen. Ich zweifle nicht im mindesten daran, daß das dem Wunsche der deutschen Regierung widerspricht, die Frage ist aber, ob es bei der weiteren Entwicklung nicht England gelingt, seine antisowjetistische Politik Deutschland aufzuzwingen, und ob Deutschland nach Abschluß des Paktes noch in der Lage sein wird, sich lange Zeit dem englischen Zwang zu widersetzen. Bei der ganzen Paktkampagne hat es England darauf angelegt, immer mehr die Stellung des Schiedsrichters auf dem Kontinent zu gewinnen.

Die allerwichtigsten Fragen bilden in diesem Zusammenhang die Artikel 16 und 17 des Völkerbundpaktes. Sie sind das Mittel, mit dem Deutschland gegebenenfalls zur Teilnahme an einer Koalition gegen Rußland gezwungen werden kann. Artikel 16, der das Durchmarschrecht bei einer Völkerbundaktion stipuliert, mag für Schweden oder Norwegen ungefährlich sein, aber für Deutschland bedeutet er bei der jetzigen allgemeinen politischen Linie Englands eben ganz etwas anderes. Deutschland kommt damit in eine Lage, bei der England einerseits durch Frankreichs Mithilfe einen großen Druck auf Deutschland ausüben kann, und auf der anderen Seite kann England Frankreich gegenüber als Beschützer Deutschlands auftreten.

Die Nachmittagsbesprechung zwischen Stresemann und Tschitscherin

Berlin, 3. Oktober. Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfing gestern nachmittag den russischen Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin zugleich mit dem russischen Botschafter in Berlin. Die mehr als einstündige Unterredung bildete den Abschluß des am Donnerstag begonnenen Gedankenaustausches, der sich auf alle zwischen Rußland und Deutschland schwebenden politischen und wirtschaftlichen Fragen erstreckte.

Die tschechischen Sozialdemokraten gegen die Abrüstung.

Prag, 3. Oktober. In der gestrigen Budgetdebatte im Prager Abgeordnetenhaus erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete David, man müsse die Notwendigkeit einer gut ausgerüsteten Armee anerkennen, da nur eine schlagfertige Armee erhebliche bewaffnete Umstürzeleien im Innern niederhalten könne, ebenso Angriffe aus dem Auslande.

Gegen die deutsche Mehleinfuhr in die Tschechoslowakei.

Prag, 3. Oktober. Der Handelsminister hat mit Gültigkeit vom 29. September die Erteilung von Einfuhrbewilligungen für Mehl aus Deutschland eingestellt. Für Mehl aus anderen Ländern wird die Einfuhr auch weiterhin bewilligt werden.

Der Frank auch in Neuyork gefallen.

Paris, 3. Oktober. „Radio" meldet aus Neuyork: Der Frank hat gestern in Neuyork mit 467 angefangen, was eine Dollarparität von 21,40 Frank darstellt. In den finanziellen Kreisen wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Frank somit auf das Niveau zurückkehrt, auf dem er sich vor einigen Wochen, d. h. vor der Abreise Caillaux' nach Amerika befand.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF